

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1932

229 (3.10.1932)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE TITELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile teilt 12 Pfennig, Belegzeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei der Nichtentgeltung des Zeitungsleser, bei geschäftlicher Beziehung und bei Konturauftrag tritt o. Erlassungserwerb und Verfallzeit 1. 2. o. Schluß der Anzeigen-Nachnahme 6 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wand, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Preis monatlich 1,82 Mark, jährlich 20 Dk. Ledergeld o. ohne Zustellung 1,90 Mark o. Durch die Post 2,36 Mark o. Einzelverkauf 10 Pfennig o. Gewöhnlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2000 Karlsruhe o. Geschäftsstelle: Postfach 1. 2. Waldstraße 28 o. Jernstr. 7020/7021 o. Volkstreu-Bücherei, Verloch, Hauptstr. 9. 2. Baden, Taubhausstr. 12. Kallst. Kollwitz 2. Offenburg, Neupf. 8

Nummer 229

Karlsruhe, Montag, den 3. Oktober 1932

52. Jahrgang

Parteitag des Zentrums

Dr. Führer gegen „Störenfriede“ und gegen den „Antikonkordatsrummel“
Woher kommt der Kerger, Herr Parteichef?

Offenburg, 2. Okt. Am heutigen Sonntag trat in Offenburg der aus allen Teilen des Landes aus besuchte Landesparteitag der badischen Zentrumspartei zusammen. Den Verhandlungen gingen am Samstag eine Sitzung der Zentrumsfraktion des Bad. Landtags, eine Sitzung des Parteivorstandes und eine solche des Landesausführes der Zentrumspartei voraus.

Am Samstagabend fand eine Jugendkundgebung statt. Dr. Führer ergriff das Wort, um die Jugend zu versichern, daß das Zentrum der alten Garde sich eins fühle mit der Jugend. Sodann sprach Herr Brauer über die Niederlagen bei Freiburg, um sich scharf gegen Reaktion und Revolution zu wenden. Die Jugend solle, daß man dem Volke nicht nur Pflichten auferlege, sondern ihm auch Rechte gebe.

Am Sonntag vormittag um 11 Uhr begann dann der Parteitag. Dr. Führer gedachte des 85. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten. Sodann ergriff Staatsrat Schäffer das Wort. Er knüpfte an die Prelieminarien an über angebliche Differenzen zwischen Zentrum und Bayerische Volkspartei und erklärte, er wolle durch seine Teilnahme am badischen Parteitag ein lebendiger Gegenbeweis gegen diese Gerüchte sein. Zentrum und Bayerische Volkspartei seien sich vollständig einig darüber, daß es die vornehmlichste Aufgabe sei, das Rechtsleben in Deutschland zu sichern. Der Diktator des Artikels 48 müsse man den Volkswillen der Länder entgegenstellen, die das Recht haben, an ihrem Schicksal mitzuwirken und der deutschen Sünden nehme dieses Recht für sich in Anspruch. Die Gemeinlichkeit aller Gleichgesinnten im deutschen Süden müsse hergestellt werden um des gesamten deutschen Volkes Willen.

Dr. Führer unterstrich diese Ausführungen und erklärte, daß Bayerische Volkspartei und Zentrum sich in allen großen und entscheidenden Fragen auf dem gleichen Standpunkt befinden.

Sodann nahm der Parteichef das Wort zu seinem Referat über die politische Lage. Der Parteitag des badischen Zentrums solle zeigen, wozu das Zentrum führen will, insbesondere in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Er greife hierher die Beziehungen in Baden in jeder Hinsicht noch geordnete politische Verhältnisse. Das Parlament sei arbeitsfähig und arbeitswillig und die Regierung verfüge über eine stabile Mehrheit. Auch finanziell sei im Lande alles in Ordnung. Es gebe auch in Baden Störenfriede, wie es der Antikonkordatsrummel der letzten Zeit gezeigt habe. Wenn ein Konkordat in Baden kommen, so werde es keinen Anlaß zu Kulturkämpfen geben, es werde ein Dokument des Friedens zwischen Staat und Kirche sein und es solle auch ein Dokument der Parteilichkeit zwischen den christlichen Religionsgemeinschaften werden. Es gebe auch keinen „Nihil“ in der badischen Regierungskoalition, ebensowenig wie von einer „hässlichen Verbeugung des Staatspräsidenten nicht lediglich aus reichspolitischen Gesichtspunkten heraus“ gesprochen werden könne. Aus der Tatsache des Frontwechsels der Nationalsozialisten müßte eben auch die Staatsführung gewisse Konsequenzen ziehen. Nicht der badische Staatspräsident und das Zentrum hätten ihre Ansicht geäußert, sondern die Nationalsozialisten hätten sich mindestens in ihrer Führensposition anders eingestellt. Zur Frage der Reichsreform erklärte der Redner: Reale Reichsreform werde nicht bloß den Bestand der süddeutschen Länder aufrechterhalten, sie werde eine Stärkung der süddeutschen Länder in Richtung des alten Bundesrates bringen müssen. Klare Kompetenzabgrenzung und klare Scheidung der Finanzquellen müßte den Konfliktsfeldern ausräumen. Je nachdem das Problem Reich-Preußen gelöst werde, müßten den süddeutschen Ländern Garantien in Form von Rezeraten geboten werden.

Grundätzlich könne das Zentrum die Politik des Kabinetts von Bayern nicht aufheben, denn eine vom Parlament „unabhängige Staatsführung“ sei verfassungswidrig; es hätte sich aber bereit gefunden, ein Kabinetts von Bayern, das von den Nationalsozialisten unterstützt worden wäre, zu tolerieren.

Ueber die Koalitionsverhandlungen mit den Nationalsozialisten das letzte Wort zu sprechen, gebe im Augenblick nicht an. Sei nicht auch mit der Sozialdemokratie die Zusammenarbeit trotz unüberbrückbarer Gegensätze möglich geworden? Die Auffassung des Zentrums gegenüber dem nationalsozialistischen Programm, gegenüber den nationalsozialistischen Kampfmethoden, gegenüber der Wertung sozialer Elemente im Nationalsozialismus, habe sich nicht geändert. Sie werde sich nur ändern können in dem Ausmaß, wie hier Wandel geschaffen werde. Zum Schluß erklärte der Redner: Dem Versuch, die Herrschaft einer dünnen Oberschicht aufzurichten und das Rad der Geschichte um ein Jahrhundert zurückzudrehen, stelle das Zentrum gegenüber seine Arbeit und Kampfsiele: nationale Freiheit und wirtschaftlichen Aufstiege, Verteidigung der christlichen Kulturwerte. Schon der Volksrechte seien Diktatur, ohne jegliche Bindung, Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Erreichung dieser Ziele, Mitarbeit für politische und wirtschaftliche Gesundung. Das Zentrum könne ein Ziel „Dienst am Volk“.

Nach den Ausführungen des badischen Parteivorstandes ergriff der badische Staatspräsident das Wort.

Der Staatspräsident sprach über die verfassungsrechtliche Lage. Wenn er von Verfassungswidrigkeit spreche, so wolle er damit keineswegs der Reichsregierung den guten Glauben und den Willen zur Rechtsobjektivität absprechen. Die Ablegung der preussischen Regierung verträge sich weder mit dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches, noch weniger könne sie auf Grund Artikel 48 der Reichsverfassung ausgenommen werden. Baden sei der Auffassung, daß das Verhalten der Reichsregierung gegenüber dem Reichstag objektiv dem Geiste der Reichsverfassung widerspreche und daß die erneute Auflösung des Reichstages verfassungswidrig sei. Hinsichtlich der Reichsreform verlannte der Redner Rezeratrechte für die süddeutschen Länder und Verfassung des Einflusses des Reichsrates.

Am Anluß an die Referate folgte sodann eine lebhaft diskussion, die ihren Niederschlag in einer Reihe von Entschließungen fand. Sodann wurde der Ablauf der badischen Zentrumspartei

unter förmlicher Zustimmung des Parteitages verlesen. Mit einem Hoch auf Volk und Vaterland, dem das Deutschlandlied folgte, wurde der Parteitag beschlossen.

Auf dem Parteitag wurde eine Reihe von Entschließungen angenommen, die sich im wesentlichen mit den von den Parteitagrednern aufgestellten Forderungen decken. Dem badischen Staatspräsidenten und dem badischen Staatsminister werden Vertrauen und Zustimmung zu der Verteidigung der Rechte der Eigenstaatlichkeit gegen Eingriffe der Reichsregierung ausgesprochen. Bei der Reichsreform wird Ausbau des Reichsrats zum gleichberechtigten Gesetzgebungsorgan neben dem Reichstag verlangt. In einer weiteren Entschließung wird Bestand und Sicherheit der Währung gefordert. Die Steuererlässe werden unter Vorbehalt beibehalten. Unter Ablehnung der Autarkie fordert eine andere Entschließung Schutz und Förderung der bayerischen Produktion. Die badische Zentrumspartei tritt für die 40-Stundenwoche ein und fordert die Verringerung der vorsehenden Stundenlöhne für die 31. bis 40. Wohnwoche. Schließung werden verlangt Anwendung des Feuerrechts-Erlassens für alle direkten Steuern, Aufhebung der Bürgersteuer und Zulagsrecht der Einkommensteuer für die Länder und Gemeinden.

Tagesschau

Washington, 2. Okt. Der Haushalt der Vereinigten Staaten für das erste Drittel dieses Jahres schloß mit einem Defizit von 402 320 914 Dollar.

Bern, 1. Okt. Der Bundesrat hat am Samstag definitiv die Erhebung eines neuen Zollzuschlag auf Kartoffeln von 2 Franken per 100 Kilogramm beschlossen.

Rio de Janeiro, 2. Okt. Die Friedensverhandlungen zwischen den Bundesstruppen und den Aufständischen sind abgebrochen. Die Kämpfe sind wieder aufgenommen worden.

Paris, 2. Okt. Bei einem Bankett der Radikalen in Besoul ergriff heute Ministerpräsident Herriot das Wort zu einer Rede, in der er u. a. ausführte: Die Verständigung unter den Völkern sei zu begünstigen, vorausgesetzt, daß es sich um eine soziale Verständigung handle, die mit offener Wimper verwirklicht werde.

Stuttgart, 2. Okt. Am Festsaal des Saales des Deutschen Verwaltungsvereins fand eine Feier für den 70. Geburtstag des Verwaltungsvorstandes Herrschaften a. D. Dr. Solfs statt.

Südwestdeutscher Demokratentag

Schlägerei mit Nationalsozialisten

W. Mannheim, 2. Okt. Die Deutsche Staatspartei Mannheim hatte für Sonntag vormittag in den Saal der Harmonie in Mannheim zu einer Kundgebung für den Gedanken der nationalen Demokratie eingeladen. In dem dichtbesetzten Saal der Harmonie begrüßte Landtagsabgeordneter Dr. Wolfhard die Teilnehmer und hielt Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich, Bürgermeister Dr. Carl Peterer, Bürgermeister und den amtierenden württembergischen Wirtschaftsminister Dr. Reinhold Maier willkommen. Schon bei den Begrüßungsworten des Vorsitzenden fielen einige Zwischenrufe durch angewandte politische Gegner. Als der Redner von dem Gedanken der nationalen Demokratie sprach, dem die Tagung gewidmet sei, fiel der Zwischenruf: „Internationale Demokratie“, es kam dann zu einer Schlägerei mit den Störenfriede, bei der etwa zehn offenbar den Nationalsozialisten angehörende Verammlungsbesucher aus dem Saal entfernt wurden. Da sich vor dem Saaleingang und auf der Treppe die Zusammenstöße fortsetzten, erließen ein größeres Polizeiaufgebot mit Beamten der politischen Polizei, die die Ruhehersteller zum Teil festnahmen, zum Teil aus dem Hause verwiesen. Auf der Straße vor dem Verammlungsgebäude bildeten sich größere Ansammlungen, die von der Polizei in Schach gehalten werden mußten.

Als Erster sprach dann Reichsfinanzminister a. D. Dr. Dietrich über das Thema: „Durch nationale Demokratie zur deutschen Gleichberechtigung und Weltgeltung.“ Er führte u. a. aus: Die Bürgerrechtsfrage in Deutschland sei im Ableben, weil das Volk wisse, daß eine Machtergreifung in Deutschland mit Gewalt nicht möglich sei, und daß selbst mit dem Stimmzettel keine Partei, auch die Nationalsozialisten nicht, die alleinige Mehrheit erobern kann. Die Demokratien hätten ungeschorene Bedenken wegen der politischen Entwicklung. Sie seien durchaus für eine starke Präsidialgewalt, aber es seien Reformen notwendig, vor allen Dingen Verrückung des Wahlrechts, so daß wieder eine bessere Verbindung zwischen dem Wähler und dem Gewählten hergestellt werde. Aber die Kontrolle durch das vom Volk gewählte Parlament sei das Entscheidende in der Republik. Dem Ausbau des Reichsrats zu einer ersten Kammer mit gleichen Rechten wie der Reichstag strebte auch die Staatspartei an. Ohne Mehrheit des Volkes gebe es keine nationale Zukunft des Volkes, sondern seine Erziehung und Einbildung in Staat seien das Erfordernis der Stunde. Als zweiter Redner sprach Herr Peterer, Bürgermeister von Mannheim. Die Reichsreform müßte den dringenden praktischen Reformen den enbaltigen Ausbau der Verfassung und der Reform der politischen Willensbildung im Reich aufgeben und damit seine Erfüllung. Gleichzeitig würden die

Neue Zusammenstöße in Wien

Wien, 2. Okt. Nach einer Mitteilung der Presseleitung des Gaues Wien der Nationalsozialistischen Partei kam es gestern Abend bei der Ankunft des Reichstagspräsidenten Göring zu Ausschreitungen. Als der Wiener Gauleiter Frauenfeld in seinem Auto hinter Göring vom Flughafen in das Braune Haus fuhr, begleitet von Lastautos mit 80 SS-Leuten, wurden diese trotz polizeilicher Begleitung in Floridsdorf wiederholt aus einem Friseurladen beschossen. Der Chauffeur des Wagens Frauenfelds erhielt eine Schussverletzung. Die SS-Leute sprangen von ihrem Auto ab, führten den Laden und zerstückten ihn. Nun kamen Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes herbei. Es entspann sich ein Kampf, bei dem zahlreiche SS-Leute verletzt wurden, darunter einige schwer.

Die Dingeldeyer für die Barone

Die Parteileitung der Deutschen Volkspartei erläßt einen Aufruf zu den Reichstagswahlen, in dem es u. a. heißt: „Laßt den Männern der Regierung, laßt den Beauftragten Hindenburgs erst einmal die Möglichkeit zur Arbeit. Verzichtet nicht durch den Wächterdünkel von solchen Parteien, die nur gemeinsam zerfallen, niemals gemeinsam arbeiten können, die letzten Hoffnungen auf Ruhe und Ordnung.“

Wir fordern die Reform der Verfassung, ein Oberhaus sachkundiger und erfahrener Männer. Wir fordern Autarkie für den Reichspräsidenten gegenüber dem Reichsparlament, Befreiung der Unmündigen von der Parteipolitik. Wir fordern die freie Wirtschaft, damit sie zeigen kann: „Freiheit, nicht Zwangsstaat schafft Arbeit und Brot!“ Wir wollen Wahrung unseres Schwelms. Der Aufruf schließt mit dem Appell: „Nicht Brüning, Hitler, Breitscheid oder Thälmann, sondern allein Hindenburg!“

Revolvererschuß in den Völkerbund

Genf, 1. Okt. In dem Augenblick, als die Vierte Völkerbundskommission ihre Sitzung beenden wollte, ereignete sich heute Abend kurz vor 9 Uhr ein Zwischenfall. Ein Mann, der sich in einem am Quai Wilson gelegenen Garten des Völkerbundspalastes verweilt gehalten hatte, gab einen Revolvererschuß auf die Glasfassade des Kommissionsalles ab, in dem sich etwa 100 Delegierte, Sekretäre und Pressevertreter aufhielten. Die Kugel blieb im Fuhboden stecken und verletzte niemand. Der Täter wurde festgenommen. Es soll sich um einen Ungar namens Budai handeln. Er erklärte, er habe einen Minister töten wollen.

Genf, 2. Okt. Der Mann, der auf den Kommissionsaal des Völkerbundes gestern einen Schuß abfeuerte, konnte festgenommen werden. Es handelt sich um einen 42-jährigen Doktor der Rechte namens Budai, der bei seiner Vernehmung angab, er sei zu seiner Tat durch die allgemeine Verwirrung gegenüber den Behörden veranlaßt worden und dadurch, daß ihm die Auslieferung von Papieren verweigert und dadurch seine Existenz erschwert worden sei. Budai befindet sich erst kurz Zeit in Genf.

anderen Länder sich neu ins Reich einzufügen haben unter Erhaltung einer gewissen Selbstverwaltung. Dabei sei die Umgestaltung des Reichsrats gegeben, weil die Reichsregierung unmöglich den größeren Teil der preussischen Reichstagsstimmen infrakteren könne. Als Erste Kammer könne er neben den Ländern und preussischen Provinzen auch die großen Städte und sonstigen größeren Organisationen unseres politischen und sozialen Lebens vertreten. Aber auch unsere Parteien im Reichstag müßten wieder lernen „am Ganzen zu streben.“ Dazu ist die Heraushebung des Wahlalters ebenso notwendig wie das Abweichen von der Verhältniswahl. Es dürfe nicht mehr möglich sein, mit Phrasen und Verprechungen Millionen auf eine Liste zu konzentrieren, denn blindes Befehlen und Gehorchen wie beim Nationalsozialismus sei das Gegenteil einer wirklichen Führerauslese.

Was Deutschland so notwendig brauche wie das tägliche Brot, sei Ruhe für unsere Wirtschaft. Ruhe von der Politik her! Deshalb hielten es die Demokraten für ihre staatspolitische Pflicht, die Reichsregierung in ihren wirtschaftspolitischen Bemühungen zu unterstützen. Es kommt weniger darauf an, ob das Wirtschaftsprogramm zu 60 oder zu 80 oder zu 100 Prozent richtig sei. Es ist da, und die Wirtschaft müsse hinter dieses Programm treten. Der Regierung müsse eine Chance gegeben werden, zu zeigen, was sie kann. Wir händen in einer ähnlichen Schicksalsstunde der Wirtschaft wie 1918. 1918 sei die Revolution benützt worden durch einen Akt der Demokratie. 1919 sei die deutsche Wirtschaft erhalten worden wiederum durch einen Akt der Demokratie. Man werde vielleicht den Staat eine zeitlang auf die Spitze der Bonaparte stellen können, niemals aber eine so komplizierte aufgebauete Wirtschaft wie die deutsche. „Ruhe von der Politik her“ sei das erste wirtschaftliche Gebot in Deutschland, das zweite Gebot laute: Herunter von der Großwirtschaft, zurück zu überhöflichen Verhältnissen. Die Staatspartei stehe auf dem Boden der freien Wirtschaft. Ihre Anhänger seien erklärte Antisozialisten, aber sie seien sozial durch und durch. Sehr bedauerlich sei, daß die Reichsregierung sich die Kraft zu einem Einbruch in das Tarifrecht vertraue, aber vor der logischen weiteren Konsequenz, die Bindung der Wirtschaft an der anderen Stelle, an den Kartellen aufzuheben, zurückgeschrecke sei.

Man müsse sich aneignen der weitgehenden Kontinentierungsmaßnahmen dieser Regierung wirklich fragen, was der Reichsernährungsminister meine, wenn er in München sagte, das sei erst ein Anfang! Etwa der Anfang vom Ende für die deutsche Wirtschaft? Kein Zoll breit dürfe von unserer wirtschaftlichen Weltfaltung aufgegeben werden. Autarkie bedeute den Suizid für 20 Millionen Deutsche. Sie bedeute völlige Pararmung Südwestdeutschlands!

Um das badische Konkordat

Der badische Mitarbeiter der Neuen Züricher Zeitung äußert sich in der Freitagausgabe des Blattes sehr eingehend zur badischen Konkordatsfrage. Man wird beim Lesen des Artikels den Eindruck nicht los, daß der Verfasser auf dem Wege über das Züricher Blatt (vielleicht auftragsgemäß) den Versuch unternimmt, auf die badische Sozialdemokratie im Sinne des Konkordats einzuwirken. Nach einleitenden orientierenden Bemerkungen wird dargelegt, daß das Zentrum es eilig hat, den Konkordatsentwurf unter Dach und Fach zu bringen. Daran anschließend führt der Verfasser aus:

Nun scheint sich aber der Eile, mit der das Zentrum vorgehen will, ein unerwartetes Hindernis entgegenzustellen. Der Sozialdemokratie ist diese Eile sehr unangenehm. Sie hat bei den Reichstagswahlen in Baden schlecht abgeschnitten und erheblichen an die Kommunisten verloren. Vom Standpunkt ihrer Interessen aus ist eine Befestigung des Reichstagswahlkampfes mit der Konkordatsfrage sehr inopportun. Es ist ihr ja überhaupt nicht ganz wohl bei diesem Geschäft, das die Koalition ihr auferlegt. Am liebsten wäre ihr, wenn nicht allzuweit davon gesprochen würde und die Sache möglichst ohne viel Aufhebens vorüberginge. Sie weiß ja gut, daß in ihrem Lager nichts weniger als Begeisterung dafür besteht. Aber die Kommunisten werden ihr natürlich diesen Gefallen nicht tun. Sie werden die Beteiligung der Sozialdemokratie beim Konkordat nach allen Kräften ausbeuten. Deshalb möchte die Sozialdemokratie mitten im Wahlkampf das Konkordat nicht im Landtag behandelt wissen und wünscht eine Verhinderung bis nach den Wahlen. In diesem Sinn soll die sozialdemokratische Landtagsfraktion beschließen haben.

Jedenfalls verläuft jetzt der Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie hinter den Kulissen. Bis jetzt verlautet nicht, daß das Zentrum warten will. Ja, man spricht sogar von der Möglichkeit, daß es entschlossen sei, das Konkordat, wenn nicht mit der Linken, so mit der Rechten durchzubringen. Das würde eine hochpolitische Schwendung der Politik des badischen Zentrums bedeuten, das seit der Revolution ununterbrochen in Koalition mit der Linken, besonders mit der Sozialdemokratie, gestanden hat. Das würde bedeuten, daß das Zentrum vor allem mit den Nationalsozialisten gehen würde, denen natürlich der Eintritt in die Regierung Badens willkommen wäre. Es würde damit geradezu ein sehr aufsehenerregendes Musterbeispiel einer schwarz-rot-weißen Koalition gegeben, die für das Reich vom Zentrum gestiftet wird, aber ihm bis jetzt nicht gelungen ist. Käme es tatsächlich dazu, dann wäre allerdings das Konkordat, da die Frage, ob es heute oder nach zwei Monaten geschlossen wird, tatsächlich keine Rolle spielen kann, das Mittel zum Zweck der Auflösung des Zentrums von der Sozialdemokratie und der Schwendung nach rechts, die dem Wunsch sehr einflußreicher Kreise entspricht. Sogar der neue Erzbischof wurde als Befürworter einer Annäherung an die Nationalsozialisten bezeichnet, was dann allerdings bemerkt wurde. Immerhin wird auch das Zentrum den Sprung nach rechts rechtlich überlegen, nachdem es nierzehn Jahre lang Kurs nach links genommen hat. Wenn irgendwo, so ist in Baden der Kampf des Zentrums gegen die Arbeiterpartei mit härtesten Waffen geführt worden. Es wird ihm nicht leicht fallen, vor allem seiner Anhängerschaft draußen auf dem Land, wo man die Ungehorsamkeit und Kirchenfeindschaft der Nationalsozialisten fest in die Köpfe geschämmt hat, nun eine Uebertreibung und gar Koalition mit denselben Leuten plausibel zu machen. Das gilt natürlich auch jetzt für die Reichstagswahlen.

Der Abschluß eines Konkordats dürfte innerhalb der badischen Sozialdemokratie noch zu keiner Stunde „begeisterter“ Anhänger gehabt haben, auch nicht bei den Sozialdemokraten, die keineswegs grundsätzlich ablehnend einem Konkordat gegenüberstehen. Der badische Mitarbeiter des Züricher

Blattes irrt aber, wenn er glaubt, daß man in unserer Partei am liebsten nicht davon sprechen möchte. Im Gegenteil: gerade in der badischen Parteipresse ist die Forderung erhoben worden, daß die Veröffentlichung des Entwurfs so rechtzeitig erfolgen sollte, daß, wenn nötig, eingehend über den Inhalt des Entwurfs gesprochen werden kann, bevor der Landtag selbst über den Entwurf entscheidet.

Bemerkenswert ist nun die Andeutung, daß möglicherweise, also wenn die Sozialdemokratie es mit dem Abschluß eines Konkordats nicht gar so eilig haben sollte wie das Zentrum, das letztere eventuell geneigt sein könnte, mit den Nationalsozialisten eine auf Durchführung des Konkordats zielende politische Abmachung zu treffen, die, wie der Mitarbeiter des Züricher Blattes meint, das Musterbeispiel für eine politische Verbindung Zentrum-Weiß sein abgeben könnte — auch für das Reich. Die mehrfach besprochene Rede des badischen Staatspräsidenten hat in der Tat, und nicht nur vereinzelt, solche Mutmaßungen auch ausgelöst. Wie dem auch sein mag, ein solches „Musterbeispiel“ zu schaffen, wäre ja in erster Linie Sache des Zentrums und der Parteienrechten, wir wollen aber mit der von uns gemachten Wahrnehmung nicht zurückhalten, daß der mehr oder minder versteckte Hinweis darauf, daß das Zentrum auch eine andere als die bestehende Koalition in Baden eingehen könne, bei uns die „Begeisterung“ für ein Konkordat, zumal im gegenwärtigen Augenblick kaum gefördert haben dürfte. Koalitionspolitik heißt auch Kompromisse schließen, besonders wenn ein dringliches allgemeines und öffentliches Interesse für eine auf der Tagesordnung stehende Angelegenheit vorliegt. Daß aber jetzt, und auch in aller nächster Zeit, ein solches Interesse für ein Konkordat vorhanden ist, das vermögen wir nicht zu behaupten. Wir haben gegenwärtig in Baden wirklich ganz andere Sorgen und weit wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als die des Abschlusses eines Konkordats.

Das Vorhergesagte war geschrieben, ehe der Offenburger Zentrumsparlamentarier in seine Beratungen eingetreten ist. Wenn Herr Dr. Föhr glaubt, die kritischen Betrachtungen zur Konkordatsfrage als einen „Antikonkordatsrummel“ bezeichnen zu sollen, so darf mit aller Bestimmtheit ihm gegenüber gesagt werden, es denkt niemand daran, einen „Rummel“ in der Konkordatsfrage zu entfalten. Herr Dr. Föhr hätte sich das ruhig ersparen können, einen solchen Vorwurf zu erheben. Schließlich muß es auch im Rückblick Baden erlaubt sein, an Wünschen und Forderungen sowohl der katholischen Kirche wie des politischen Katholizismus kritische Betrachtungen zu knüpfen und Gegenwünsche zu äußern.

Herr Dr. Föhr hat weiter unter Bezugnahme auf die kritischen Stimmen, die sich zu der mehrfach besprochenen Rede des Staatspräsidenten Dr. Schmitt haben hören lassen, als von „Störenfriedern“ gesprochen. Auch das ist eine in keiner Weise gerechtfertigte Behauptung. Wir wollen nicht stören, weder die Koalition, noch gar die von Herrn Dr. Föhr hervorgehobenen stabilen Verhältnisse in Baden. Wenn aber der badische Staatspräsident, der zugleich eine prominente Persönlichkeit des badischen Zentrums ist, eine Rede hält, wie die vom 22. September, dann nehmen wir für uns das Recht und die Pflicht in Anspruch, darauf zu antworten. Was auch in der Zukunft geschehen wird.

G. Sch.

Igel und Hase

Jedermann kennt die lustige Geschichte vom Hasen und Schweinegel, die einen Wettlauf veranstalteten, wobei schließlich der leichfertige Hase vom listigen Igel hineingelegt wurde.

Aber es gibt noch eine andere Geschichte von dem gleichen Paar. Sie ist nicht weniger lustig und hat den Vorzug, sehr aktuell zu wirken, obgleich sie bereits bei Wilhelm Busch in unübertrefflich launigen Bildern dargestellt ist. Der Hase ist behaglich in einer Baumwurzelhöhle, als der Igel ihm hilfesuchend naht: „Bitt ich dich doch noch um ein wenig Platz, während ich friere. Rüd doch ein wenig zur Seite und laß mich wärmen.“ Der Hase tats. ließ den Igel zu und abtete nichts böses. Aber kaum hatte er Platz genommen, begann der Igel seine Stacheln auszustrecken und gab nicht eher nach, bis der Hase ansterbend aus dem Neste flüchtete um das Weite lachte.

An diese Geschichte wird man lebhaft erinnert, wenn man das gegenwärtige Verhältnis der „nationalen Opposition“ von Harzburg betrachtet. Jahrelang haben die deutschnationalen ihre schändlichen Fittiche über den ungebürdigen Nazi-Igel gehalten. Jeder Wahlereignis, den das Hasenkreuz erzielte, wurde in der Harzburger Presse mit betonter Wahrheitswidrigkeit als „Siege der nationalen Opposition“ gefeiert, selbst wenn Hitler 75 Prozent der Harzburger Stimmen aufgezogen hätte. „Nationale Opposition“ war das Schlagwort, das alle unzufriedenen Kleinbürger mit Hoffnung auf ein „autoritäre Staatsführung“ erfüllen sollte, die ihnen ihre eigene Verantwortung für den Staat glücklich abnehmen würde. „Nationale Opposition“ war das Schlagwort von Harzburg, an dem sich die Stahlhelm-Brüder von Feldte-Düsterberg bis Oberleutnant-Dueneberg wärmten. Hies es doch in dem „Manifest von Harzburg“ vom 11. Oktober 1931 so begeistert und begeistert:

„Die nationale Front, einig in ihren Parteien, Bündnis und Gruppen, von dem Willen befeuert, gemeinsam und geschlossen zu handeln...“

„Gedacht ist jeder, der unsere Front zerlegen will... Jede Regierung, die gegen den Willen der geschlossenen nationalen Opposition gebildet werden sollte, muß mit unserer Gegenwehr rechnen.“

Damals strahlten sie alle, die Uniform- und die Salbinderträger der „Harzburger Front“. Ein neues Zeitalter schien anzubrechen, besonders, wenn jeder „gedacht“ wurde, der anderer Meinung sein sollte. Stolz berichtigten Harzburger Gazetten über den Harzburger Aufmarsch, besonders über eine Rede des „vaterländischen“ Graf von der Goltz:

„Noch nie ist in einer deutschen Verammlung das gemeinsame Auftreten zweier Männer für das Ziel einer gemeinsamen Aktion so herzlich, so ehrlich, so aus innerer Herzenserfüllung begrüßt worden, wie hier das Erscheinen von Dueneberg und Hitler... Wer in Zukunft die nationale Opposition inszenieren will, den betrachtet die vaterländische Bewegung als Schuft.“

Aber noch sind keine zwölf Monate ins Land gegangen, da besteht die „nationale Front“ fast nur noch aus (im Sinne von Goltz) „Schuften“. Der Igel, den der Hase so hilfsbereit an seinen Bulen drückte, erwies sich auch ihm als was er immer gewesen, ein — Stachelstier. Er hat seine Stacheln jetzt so rüchsiglich gebraucht, daß der deutschnationale Hase lichterloh die warme Höhle der „nationalen Opposition“ verlassen mußte. Wo Stahlhelmer und deutschnationale Papen-Gläubige jetzt auftreten, werden sie von den stolzen braunen Gefellen des Hasenkreuzes niedergebissen, niedergebissen und (mit Stacheln) ausgefressen als wenn sie zur — „Romune“ gehörten.

Im übrigen bietet der Kampf zwischen dem deutschnationalen Hase und dem Nazi-Igel ein erbauliches Schauspiel. So schamlos wie die Harzburger Front durch „Schuft“ (im Sinne von Goltz) zertrümmert wurde, so schnell wird der ganze „nationale“ Sumpf verfliegen, sobald erst einmal den arbeitenden Massen in Stadt und Land klar geworden ist, von welchen Ehrenmännern das Volk auf Harzburger Weise irreführt worden ist. Aber dann haben weder der Hase noch der Igel etwas zu sagen...!

Deutsch-belgische Einigung über Kontingente

BR. Brüssel, 1. Okt. Ueber die heute zwischen den deutschen und belgischen Vertretern erfolgte Einigung über die Kontingente für landwirtschaftliche Erzeugnisse erklärt die Agentur Belaa: Der Prozentanteil, auf dem die in Frage kommende belgische Ausfuhr nach Deutschland herabgesetzt werden soll, schwankt zwischen 40 und 60 Prozent. Für Blumenkohl, Tomaten und Schnittblumen beträgt das Kontingent für das kommende Vierteljahr 40 Proz., der von Belgien im letzten Vierteljahr 1931 ausgeführten Mengen für Trauben, Äpfel und Birnen 60 Proz., für Speck 60 Proz., für Butter, Käse und Wurstwaren 50 Proz. Dafür erklärt die deutsche Seite, daß die Kontingentierung gewisser deutscher Ausfuhrwaren in Belgien einverstanden, insbesondere für Holz, Kartoffeln und Milch, Belgien wird außerdem in den Genuss der Nachlässe treten, die die deutsche Delegation bei ihren bevorstehenden Verhandlungen Holland, Frankreich oder Dänemark gewähren sollte.

Frischfleischverbilligung als Winterhilfe

Die von der Reichsregierung beschlossene Frischfleischverbilligung für den bisherigen Preis für Arbeitslose und sonstige Hilfsbedürftigen sieht eine Verbilligung von 2 Pfund frischem Rind- oder Schweinefleisch je Monat um 20 Pfennig je Pfund vor. Der erste Bezugsschein mit drei Abschnitten für je 1 Pfund Frischfleisch wird, soweit es sich bei den Ausgabestellen (Arbeitsämtern und Fürsorgebehörden) irgend ermäßigten läßt, Mitte Oktober mit der Beizung zur Ausgabe gelangen, daß der erste Abschnitt bis zum 12. November, die beiden übrigen Abschnitte für den ganzen Monat November Gültigkeit haben.

Verlängerung der Brotgewichtangabe

Amlich wird mitgeteilt: Wie bekannt, ist in dem Brotgesetz die Bestimmung enthalten, daß Brot, für das ausschließlich oder überwiegend Mehlerzeugnisse des Roggens verwendet werden, gewerksmäßig nur in bestimmten Gewichten hergestellt werden darf und daß das Gewicht vom Hersteller auf dem Brot für den Käufer leicht erkennbar anzugeben ist. Diese Bestimmung, mit deren Einführung seinerzeit das gegen System des festen Brotgewichtes bei gleichem Preis ein ganz allgemein für das Reichsgebiet zur Pflicht gemacht wurde, ist bis zum 30. September 1932 befristet. Da ihre Weiterhaltung im Interesse einer angemessenen Brotpreisbildung und Ueberechnung zweckmäßig ist, wird jetzt ihre Geltungsdauer im Wege der Rechtsverordnung unbefristet verlängert.

Verordnung über Gebäude- und Tilgungssteuer

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine zweite Verordnung des Reichspräsidenten zur Aenderung der Vorschriften über die Abhebung der Gebäude- und Tilgungssteuer. Die Landesregierungen werden ermächtigt, zu bestimmen, daß die Gebäudeentlastungssteuer auch noch in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis zum 31. März 1933 mit dem Dreifachen des vollen Jahresbetrages der Gebäudeentlastungssteuer abgelöst werden kann.

Keine Auflösung des braunschweigischen Landtages

Braunschweig, 1. Okt. Der braunschweigische Landtag trat heute vormittag zusammen, um zu dem nationalsozialistischen Dringlichkeitsantrag auf Auflösung des braunschweigischen Landtages Stellung zu nehmen. In der Abstimmung wurden 13 nationalsozialistische, bürgerliche und kommunistische Stimmen für die Auflösung abgegeben, während sich 15 Sozialdemokraten dagegen ausgesprochen und vier bürgerliche Abgeordnete Stimmhaltung übten.

Meuterei in der Mandschurei

80 Japaner ermordet

W. Charkin, 1. Okt. (Kont.) Nach einem bei der Verwaltung der Chinesischen Eisenbahn eingegangenen Telegramm haben die Wachen an der Eisenbahn in der Mandschurei gemeutert, in Mandchulien 88 dort anwesende Japaner getötet, in Puhatu drei Japaner und in Hailer neun. In Mandchulien befehligt die außerdem das japanische Konsulat. Das Schicksal des Konsuls und des übrigen Konsulatspersonals ist noch unbekannt.

Scharfmacher am Werk!

Die durchaus verständliche Tatsache, daß Belegkassen sich gegen die Wirkungen der Papen-Notverordnung in bezug auf Lohnentlastungen zur Wehr setzen, veranlaßt die volksparteiliche Kölnische Zeitung zu dieser Scharfmacher:

„Jedenfalls ist erhöhte Aufmerksamkeit für die Entwicklung der nächsten Tage am Platze. Noch steht diese Bewegung im Anfang. Das Regierungsprogramm bedarf des Einlasses und der Mitarbeit aller, die eine Besserung unserer wirtschaftlichen Lage erstreben, dabei braucht eine Kritik in Einzelheiten nicht so kurz zu kommen. Die Gewerkschaften haben sich nicht in die Verantwortung für die Maßnahmen des Regierungsprogrammes einbezogen; das darf für sie kein Ziel sein, dieses Programm zu sabotieren. Vielmehr eröffnet sich noch ein Weg, diese Verantwortung und Mitarbeit einzuschalten, indem man die Bestimmungen der Mehrzeilungsverordnung über Tarifunterbrechungen abänderbar macht und es Arbeitgebern und Gewerkschaften überläßt, sich in freien Verhandlungen über das anzuwendende Maß zu einigen. Sollten sich die Gewerkschaften allerdings einer solchen Verantwortlichkeit verweigern, dann ist es Aufgabe der Regierung, klare Verhältnisse über die Durchführung ihrer Notverordnung zu schaffen. Dann wird sie der Frage des Streiks aller, die im Kabinett bereits angeschlossen sein soll, nähertrifft.“

Im Reichs-Ministerrat ist ein solches Verbot Staats- und Gewerkschaften keine Verantwortung bilden, daß ihre Notverordnung als richtig anerkannt sind, labortiert werden. Der Streik ist jedoch, wie das Wohl des Ganzen.“

Panuropa-Kongress

BR. Basel, 1. Okt. Der Dritte Panuropa-Kongress wurde heute vormittag hier in Gegenwart zahlreicher Politiker und Wirtschaftsführer aller europäischen Staaten von Graf Coudenhove-Kalergi eröffnet. Der Reichstag sprach der frühere Reichsminister Koch-Weser. Den Reigen der Ansprachen beendete die Rede des Reichspräsidenten. Durch alle Reden aus sich das Leitmotiv, daß der Zusammenbruch sämtlicher europäischer Staaten auf iderativer Grundlage Europa aus der schwierigen Lage befreien und einer besseren Zukunft entgegenführen könne. Besonders deutlich kam dieser Grundgedanke in der Rede vom Ausbruch, mit welcher Graf Coudenhove-Kalergi den Reigen der Ansprachen abschloß. Die Anwesenden redeten von langanhaltendem Beifall begrüßt, mit Europäer und Europäerinnen an. Er betonte, Europa solle sich von zwei Todesgefahren befreien, der Weltrevolution und dem Weltkrieg.

Stalin bereiten den Bürgerkrieg vor. Adolf Hitler den Völkerrkrieg. Der Kampf gegen diese doppelte Gefahr solle sich nur erfolgreich führen durch eine Politik der sozialen und nationalen Sicherheit, durch eine Politik des europäischen Zusammenrückens. Wir sind entschlossen, so sagte Coudenhove-Kalergi, diesen Kampf zu führen, mit den Regierungen, wenn möglich und gegen die Regierungen, wenn nötig. Im Gegensatz zu den Parteien und Regierungen suchen die Nationen

Frieden durch Arbeit und Wohlstand

Im indischen Nation, die Vereinigten Staaten, den Zusammenrückens der Welt, das britische Weltreich, gegenüber denen Europa, das in 26 politische und wirtschaftliche Einheiten zerfällt, sei ein Anachronismus. Er stellte zum Schluß die Verfassung der Schweiz als Beispiel hin für die Zukunft einer europäischen Eidgenossenschaft.

Nazimann Stamm schen! Maul halten

Der schwule Hauptmann Köhm hat diesen Befehl an seine „Truppen“ herausgegeben: „Da in den Gaubzirkeln Deutschlands im Augenblick eine Zerlegungsarbeit seitens der Kommunisten betrieben wird, erlasse ich hiermit den Befehl an alle Parteiangehörigen der NSDAP, daß in den SA- oder SS-Beiräten, wo sich kommunistische Propagandateure befinden, dieselben sofort dem Sturmkommando zu melden sind, der sie jodann dem Stabschef überzuleiten haben.“ Jeder SA-Mann, der über die Gleichgültigkeit seiner Führung zweifelt oder dieselben denunziert, wird reiflos aus der Partei ausgeschlossen. Beim Austritt bleibt die Uniform Eigentum der Organisation, insofern sie nicht ganz besetzt ist.“

Wiso: Kadanerchorjam, Na, die Gesellschaft verdient es auch, derart behandelt zu werden.

Freistaat Baden

Südwestdeutscher Kanalverein Der weitere Ausbau

DD. Mannheim, 30. Sept. Am Freitag nachmittags fand im Sitzungssaal der Mannheimer Handelskammer die diesjährige Tagung des Südwestdeutschen Kanalvereins für Rhein, Donau und Neckar unter dem Vorsitz von Geh. Hofrat Dr. Dr. Ing. e. h. P. v. Bruckmann statt. Zu Beginn der Tagung, der Vertreter der Handelskammern Mannheim und Stuttgart, der badischen und württembergischen Regierungen sowie der Stadt Mannheim beiwohnten, gedachte der Vorsitzende der verstorbenen Mitglieder des Vereins, unter anderem des ehemaligen badischen Innenministers Emil Maier-Heidelberg, der sich besonders um den Bau der Staustufe Heidelberg bleibende Verdienste erworben hatte. Heute stehen wir vor dem Beginn der 2. Staustufe, der Verein wird vor allem seine Propaganda für die Fortführung der Neckarstamms bis zur Donau fortsetzen. Das große Ziel des Vereins ist die Kohlenstraße und das württembergische Hinterland wird der Verein weiter verfolgen. Mit dem Dank an die Kreisstellen, Gemeinden und Länder, die stets wohlwollend den Bestrebungen des Vereins gegenüberstanden, schloß der Vorsitzende seine Begrüßungsansprache, in der er noch hervorhob, daß nirgends durch den Bau des Kanals die Schönheit der Landschaft gestört worden sei.

Handelskammerpräsident Dr. Venzl-Mannheim erinnerte daran, daß die Erfolge, die der Verein bisher hatte, um so höher zu bemerken seien, als sie in den schweren Krisenjahren erzielt wurden. Man dürfe hoffen, daß der zweite Teil der Kanalstraße, der jetzt in Angriff genommen werde, so schnell vollendet sei, wie der erste Teil. Der Präsident des Badischen Wasser- und Straßenbauamts, Paul-Karlsruhe, überbrachte für die badische Regierung, Oberbaurat Neim für die württembergische Regierung Grüsse. P. v. Bruckmann übermittelte die Wünsche des Oberbürgermeisters von Mannheim zu der Tagung.

Der gedruckt vorliegende Jahresbericht fand einstimmige Annahme, er geht vor allem davon aus, daß die Arbeiten am Neckar Kanal auch im Berichtsjahr planmäßig fortgesetzt wurden.

Die Rheinbrückenfrage

DD. Heidelberg, 1. Okt. Gestern abend fand in Heidelberg eine gemeinsame Sitzung von Vertretern der Stadtverwaltungen Heidelberg und Speyer sowie der Verkehrsvereine beider Städte und des Neckarverkehrsverbandes statt. Es wurden alle mit den Brückenbauten Mainz und Speyer zusammenhängenden Fragen eingehend besprochen und der Beschluß gefaßt, in letzter Stunde bei der badischen Regierung noch einmal gemeinsam vorzutreten zu werden. Man will am Montag noch vor der Abreise des Finanzministers Dr. Matthes nach Berlin eine Abordnung nach Karlsruhe schicken. Der Zweck dieser Aktion ist nicht etwa eine Stellungnahme gegen die Marzauer Brücke, man fordert aber in Nordbaden, daß gleichzeitige auch die Speyerer Brücke in Angriff genommen wird. Es herrscht die einmütige Überzeugung, daß die bestehende geschichtliche, wirtschaftliche und kulturelle Zusammengehörigkeit der badischen und badischen Volks die alsbaldige Erstellung der Speyerer Brücke gebieterisch erfordert, umso mehr, als die angrenzenden Gebiete in besonderer Weise unter der Arbeitslosigkeit leiden.

Internationale Schifffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee

DD. Karlsruhe, 30. Sept. Gegenüber anderslautenden Meldungen wird amtlich mitgeteilt, daß die Beratungen in Ueberlingen eine persönliche unverbindliche Aussprache zwischen den Vertretern der Bodenseeunterstaaten darstellten und lediglich den Zweck hatten, einige grundsätzliche Fragen wegen der Revision der Bodenseeschifffahrts- und Hafenordnung zu klären. Dieses Ziel wurde erreicht; überdies wurde eine vollkommene Einigung wegen des weiteren Vorgehens in der Frage der Schaffung einer neuen Bodenseeschifffahrts- und Hafenordnung erzielt.

Nationalsozialistische Entlarvung

Die Deutschnationalen über die Kähmerei

Nicht von ungefähr wird jetzt in der nationalsozialistischen Presse verurteilt, die Nationalsozialisten dürften nur die nationalsozialistische Presse lesen; ja selbst die Zeitungen „nationaler“ Zeitungen sei von Schaden. Neben finanziellen Motiven hat dies auch politische Ursachen. Es geht ein harter Aufklärungswind durch Deutschland, wobei angeht die Rivalität zwischen Eugen-Hugenberg und Hitler auch die deutschnationale Presse sich heute über Dinge verbreitet, von denen sie bis vor kurzem geschwiegen hatte. So findet man jetzt auf einmal in dem von Eugen-Hugenberg herausgegebenen Deutschen Schnellbrief folgende Bestellungen:

„Es geht nicht mehr länger an, daß man zu den Vorwürfen, die gegen Hauptmann Köhm erhoben werden, schweigen und einer gesetzlichen Klärung ausweichen. Und es geht auch nicht mehr länger an, daß die Vorkasse (Landau), landes herkömlich kann, daß gewisse nationalsozialistische Zeitungen die Wahrheit auf den Kopf stellen, und selbst den traurigen Selbstmord des Stettiner Führers der Marinekadett, Horst Ränge, zu einer Parteinagitation ausnutzen und von einem „kommunistischen Mordanschlag“ sprechen. Das ist einfach menschlich nicht mehr zu ertragen, in welsch erbärmlicher Weise man hier aus der Tragödie eines jungen Idealisten Propagandamaterial zu schlagen versucht. Ueber den Deutscher Fall ist es ja, Gott sei dank, still geworden. Aber auch er beharrt noch einer Aufklärung, die einfach um der Wahrheit willen erfolgen muß. Der Berliner Angriff hatte gemeldet, daß die Mutter des erschossenen Piesch wörtlich gesagt habe: „ich bin zufrieden, daß der Dämon weg ist. Er war ein Taugenichts und ein Lump.“ Selbst wenn eine Mutter sich zu einem so ungeheuerlichen Wort über einen toten Sohn hätte hinreißen lassen, wäre es wohl richtig gewesen, darauf zu verzichten, es um der politischen Polemik willen wiederzugeben. Aber nun liegt sogar ein Schreiben dieser Mutter vor, in dem sie Strafantrag gegen die Zeitungen ankündigt, die eine solche Verleumdung verbreitet haben. Da öffnet sich eine Klüft der Gefinnung, über die ein anständiger Mensch nicht mehr hinweg findet.“

Solange die deutschnationalen Parteinteressen das Verschweigen und Dulden raten erscheinen können, ist nichts abzuwarten, um dem Machtwahn und die Gewaltmethoden der Nationalsozialisten zu bekämpfen. Im Gegenteil: alles was die Parteien der Linken, was Brüning, Braun und Groener unternahmen, um die Auswüchse des Rechtsradikalismus zu bannen, wurde von den Deutschnationalen nach Kräften bekämpft. Heute hat Eugen-Hugenberg auf einmal eine andere Parole und er deutet endlich auf, wie es mit den Nationalsozialisten bestellt ist. Umso mehr heißt es für uns: Kampf den Hitler und Kampf den Eugen-Hugenberg, die beide gleich volksfeindlich sind.

Nationalsozialistische Gemeinheit

Im nationalsozialistischen Führer wird auf ein Vorgehen hingewiesen, wonach bei der Sammlung des Badischen Kriegerbundes für die Kriessopfer am Hauptbahnhof in Karlsruhe ein Herr zu einer sammelnden Dame gesagt habe: „Die Kriegsbeschädigten gehören in ein Massengrab und nicht in ein Erholungsheim“.

Sofern diese Behauptung des Führer stimmt, so ist kein Wort zu sparen, um das Verhalten dieses „Herrn“ zu charakterisieren und es hätte allgemeines Verständnis dafür geherrscht, wenn diese Dame diesem Herrn handgreiflich die entsprechende Antwort gegeben hätte. Dem nationalsozialistischen Führer ist jedoch — immer wieder vorangeführt, daß die Nachricht überhaupt stimmt — dieser Vorgehen nur ein Mittel, um gegen die Sozialdemokratie zu hetzen. Er benutzt ihn nämlich dazu, um neben einigen Wendungen gegen Brüning und gegen Papen vor allem auf die „marxistischen Boszen“ zu schimpfen. Damit erbringt das nationalsozialistische Blatt wieder einmal den Beweis, daß es ihm nicht um die Sache der Kriegsbeschädigten zu tun ist, sondern um eine gemachte Sache gegen die Arbeiterbewegung. Bei alledem liegt es übrigens sehr nahe, daß — sofern die Nachricht überhaupt stimmt — der Herr, der diesen kanbalösen Auspruch getan hat, den Nationalsozialisten nahesteht, denn es war bekanntlich der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Mehl, der seiner Zeit im Badischen Landtag die scharfe Bemerkung gegen die Krüppel und Invaliden machte und rüchlos jense dem Tode preisgegeben bereit war, die nicht mehr im Stande seien zu arbeiten.

Was der nationalsozialistische Führer dabei an diesem die Verachtung eines jeden anständigen Menschen verdienenden „Herrn“ kritisiert, ist nichts anderes, als der Auswuchs jenes Geistes, den die Nationalsozialisten nun seit Jahr und Tag als „neudeutschen“ Geist völkischer Kultur predigen. Die „Marxisten“ haben von jeder Verstandnis und Hilfe für all jene gefordert, die das Opfer einer nach sozialistischer Auffassung verkehrten Staats- und Gesellschaftsordnung geworden sind. Es waren jedoch die Nationalsozialisten, die diese Gedankenwelt der Hilfeleistung lästerten und dafür die Herrschaft und die Religion der „starken Männer“ verflüchteten. Um so tiefer muß daher dieser Vorgehen gebäht werden.

Gewerkschaftliches

Papens Notverordnung und die firma Wolff & Sohn in Karlsruhe

Bermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit?

Ueber die Karlsruher Parfümerie- und Toilettenfabrik Wolff & Sohn werden uns Nachrichten wegen Neueinstellungen in übermittelte, von denen wir hoffen, daß sie sich in der mitgeteilten Form nicht bewahrheiten. Selbstverständlich begrüßen wir es, wenn ein sehr gut beschäftigtes Werk Neueinstellungen vornimmt, aber wenn sich alles so verhält, wie uns mitgeteilt wird, dann hätte sich die Firma eine recht ansehnliche Auslegung der Papenschen Verordnung zu

Bermehrung und zur Erhaltung der Arbeitsgelegenheit zu eigen gemacht. Wir enthalten uns zunächst der Mitteilung von Einzelheiten, weil wir glauben, daß diese vorläufigen Zeilen zur Bekanntheit authentischen Materials Veranlassung geben werden.

Streik der Papierarbeiter!

Ettlingen, 3. Okt. Die Belegschaft der Papierfabrik Schneider-Ettlingen hat heute morgen die Arbeit niedergelagt. Grund hierzu war der an der Lohnzahlung getätigte Abzug von 50 Prozent laut Notverordnung und zwar von der 30. bis 40. Stundenwoche.

Der Streik bei Scherl beendet

Berlin, 1. Okt. Der Streik des technischen Personals am Scherl-Verlag ist heute durch bedingungslose Aufnahme der Arbeit beendet worden.

Streik der Hochseefischer

Wesermünde, 1. Okt. Die Besatzungen der Fischdampfer von Wesermünde, Bremerhaven, Altona und Cuxhaven sind in den Streik getreten. Kein einziger Fischdampfer ist in See gegangen. Die Arbeitnehmer haben sich zu diesem Schritt entschlossen, da sie sich mit der nur einmonatigen Verlängerung von den Hochseefischereien gekündigten Tarifvertrages nicht einverstanden erklären zu können glaubten.

Der Tarifstreit im Hamburger Verkehrsgerwerbe

Im Tarifstreit des Hamburger Verkehrsgerwerbes hat der Reichsarbeitsminister die Tarifparteien zu Nachverhandlungen über den Lohn- und Arbeitszeitstreit vom 29. September, der eine Arbeitszeitverlängerung von 48 auf 45 Stunden und eine Lohnsenkung von 5 Prozent vorsieht, auf Montag, den 3. Oktober, nachmittags 2 Uhr, in das Reichsarbeitsministerium eingeladen.

Der Kampf in Weisensfels beendet

Leipzig, 1. Okt. Um einen Versuch zur Beilegung des Arbeitskampfes in der Weisensfelder Schuhindustrie zu machen, hatte der Schlichter für Mitteldeutschland die Parteien zu einer Einigungsverhandlung auf den 1. Oktober nach Leipzig geladen. Nach längerer Aussprache schlossen die Parteien eine Vereinbarung, durch die der Arbeitskampf beendet wurde.

Teilstreik bei der Frankfurter Zeitung

Frankfurt a. M., 1. Okt. Ein Teil der Belegschaft der Frankfurter Zeitung ist wegen Lohnstreitigkeiten in den Streik getreten. Die heutige Nachmittagsausgabe des Blattes konnte daher erst mit über einer Stunde Verzögerung herausgebracht werden und war vorzugsweise gleich mit der Frühausgabe für Sonntag vereinigt.

Keine Entlassungen bei der DD-Bank?

Wie die W.B.-Handelsbank erfährt, ist bei der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft zwischen der Direktion und dem Betriebsrat eine Vereinbarung zustande gekommen, durch die der geplante Stellenabbau in der Zentrale der Bank für diesen Winter vermieden werden wird. Im Endergebnis läuft die Vereinbarung etwa darauf hinaus, daß Arbeitszeit und tarifmäßige Besätze der Angestellten gleichmäßig um 2 Prozent gekürzt werden. Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung der Belegschaft.

Billig!

Schöne billige Federn

weiß . . . 2.95
schwarz . . . 3.40
weiß . . . 4.50
dauertropfen, beste

Aussteuerfed. 5.90
graue Federn 0.65 an
1/2, weiche Fed. 1.20 an
härten, 2 Stk. 2.00 an
Zed., 6 Stk. 12.50 an
Wasser gratis Versand
ab 10.- RM frei.

M. Kahr, Karlsruhe
Kaiserstraße Nr. 19
Betten-Spezial-Grich.

Über 100 gut erhaltenen
Maß-Anzüge
Mäntel, Oberz.
o. 10.00 an in all. Gr. u.
haben, von Oberz.
Schmähle u. Kautmann
ausbilden, Hosen, Socken,
neu u. gebraucht, tolle
Gegenstände, neu.
in Qualität.
Anzüge u. Mäntel
kannend billig.
Jahrgangstr. 53a/1

la Mostobst
zu niedrigsten
Tagespreisen.
Zobnfelerei billig.
Reiterer-Defendacher
Sof. ultr. 95, Telet. 94.0

Küchen
von 65.00, Käsetts 65.00,
Gürniß Jahrgangstr.
hinter Geschm. Knopf.

Ucker
auf längere
Zeits. paßt.
gekauft.
Geeger, Karlsru. 169, 11.

In jede
Familie nur
den
Volksfreund

DIE MILD-SÜSSE ZIGARETTE MIT DEM



und Spielkarten-Einlage
Sammeln Sie die Schecks, bald
haben Sie ein ganzes Kartenspiel.

ULTRA
ZIRINI-ZIGARETTEN

3 1/3

JETZT MIT SPIELKARTENEINLAGE TRUSTFREI



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

3. Oktober.

1785 Erster Ballonaufstieg in Deutschland (Blanchard in Frankfurt a. M.). — 1896 Sozialistischer englischer Dichter W. Morris. — 1898 Sozialdemokratischer Parteitag in Stuttgart. — 1918 Max von Baden Reichskanzler. — 1922 Rathenau-Mordprozess. — 1929 Fußmünzmeister Dr. Gustav Stresemann. Folgt: Curtius.

Der Stadtrat hat beschlossen

(Aus der Sitzung vom 29. September)

Umstellung in der Einzelführung der städtischen Straßenbahn

Anstelle des seit 1. Juni zur Verbindung mit Knielingen eingerichteten Nebenverkehrs werden, wie früher, wieder durchgehende Wagen vom Schlachthof über Hauptbahnhof, Hauptpost und Mühlburg nach Knielingen geführt. Die Fahrgelegenheiten auf der Strecke Schlachthof-Hauptbahnhof nach Mühlburg werden dadurch gegenüber den letzten Monaten verdoppelt. Die Knielinger Wagen erhalten zur Unterscheidung von den nach Daxlanden-Rappenwört laufenden Zügen (Linie 2) die Bezeichnung Linie 7. Zum Ausgleich der entfallenden Mehrausgaben tritt bei der ganzen städtischen Straßenbahn an die Stelle des 7/8-Minuten-Verkehrs der 8-Minuten-Verkehr. Zugleich wird aus betriebstechnischen Gründen, insbesondere zur Vermeidung unnötigen Aufenthalts der Linie 3 am Hauptbahnhof, die Linie 3 anstatt, wie bisher, über die Ettlinger Straße, über die Rippurrer Straße geführt und die Linie 5 von der Rippurrer Straße in die Ettlinger Straße verlegt. Die Fahrtausweise über die Strecke Hauptbahnhof-Ettlinger Straße-Marktplatz (2 Teilstrecken) gelten künftig auch auf der Strecke Hauptbahnhof-Rippurrer Straße-Marktplatz (3 Teilstrecken). Der Zeitpunkt, in dem diese Änderungen in Kraft treten, wird noch bekanntgegeben werden.

Auswirkungen der Vorkehrung über Steuergutscheine für Karlsruhe

Es wird interessieren, etwas über die möglichen Auswirkungen der Bestimmungen der Verordnung des Reichspräsidenten zur Regelung der Wirtschaft vom 4. September 1932 über Steuergutscheine durch Steuergutscheine auf unsere Stadt und ihre Wirtschaft zu erfahren. Die Summe der Steuerausgaben, für die Steuergutscheine beantragt werden können, läßt sich für alle Karlsruher Steuerpflichtigen auf etwa 8 Millionen Reichsmark schätzen. Für Karlsruhe können also in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 30. September 1933 Steuergutscheine im Nennwert von rund 3.200.000 Reichsmark ausgeben werden. Diese Summe entspricht nahezu der Höhe des voranschlagsmäßigen Aufkommens an Gemeindesteuern aus Grund- und Gewerbesteuer, an Gemeindeförderung (Umlagen) für das Rechnungsjahr 1932 und kommt dem Jahresarbeitslohn für ungefähr 1800 Arbeitskräfte gleich. Steuergutscheine, die als Prämie für vermehrte Beschäftigung von Arbeitskräften erworben werden können, sind bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

Führerkurse bei der Feuerwehre. Der Stadtrat gibt auch in diesem Jahre sein Einverständnis dazu, da an der hiesigen Feuerwache Kurse zur Ausbildung von Führern der freiwilligen Feuerwehren Badens unter Leitung des Branddirektors Wilske abgehalten werden.

Ehrung. Den Landwirt Bernhard Hans II Ebeleben im Stadtteil Daxlanden wurde anlässlich der Feier ihrer goldenen Hochzeit eine Ehrengabe mit einem Glückwunschschreiben des Oberbürgermeisters überreicht.

Bürgerauschussführung. Der Vorsitzende gibt die Tagesordnung für die auf Dienstag, 11. Oktober d. J., 16 Uhr, in den Ritzsaal des Rathauses anberaumte Bürgerauschussversammlung bekannt.

Vorbereitung der Reichstagswahl. Die Wahlkartei für die Reichstagswahl vom 6. November wird in der Zeit vom 16. bis 23. Oktober im Konzertsaal zu jedermanns Einsicht aufgelegt. Die Wähler werden auch diesmal durch Postkarten von ihrer Eintragung in die Wählerliste benachrichtigt.

Sozialdemokratische Partei

Bezirk Südstadt

Die am Mittwoch, den 28. September, im Lokal „Deutsche Fische“ stattgefundene Bezirksversammlung war auf besuch. Anstelle des zu einem Vortrag vorgesehenen Genossen Pfarrer Kappes, welcher infolge dringender anderweitiger Verpflichtung in letzter Stunde abgesehen mußte, trat in dankenswerter Weise Gen. Schröcker mit einem Referat über „Das Wirtschaftsprogramm der Regierung Baden“ ein. Nachdem Pfarrer die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands im letzten Jahrzehnt mit der für die Arbeiterklasse eingetretenen Notlage skizziert, die vorgelegenen Maßnahmen der Regierung Brünning zur Behebung der Arbeitslosigkeit in bezug auf Siedlungsweisen und die Gründe zum Erlaß der früheren Ermächtigungsgesetze kurz gestreift hatte, erläuterte er eingehend in referierender Weise den wesentlichen Inhalt des Wirtschaftsprogramms der Regierung Baden, um sodann im 2. Teil seines Referats all die Gefahrenpunkte aufzuzählen, die in ihrer Auswirkung für die Arbeiterklasse in der Lebenshaltung und in dem kulturellen und sozialen Leben eine starke Benachteiligung und Behinderung nach sich ziehen.

An der nach dem beifällig aufgenommenen Referat einsetzenden Diskussion, an der sich die Genossen Stamund, Kleiner, Menges, Biedtner und Gohlens beteiligten, kam eine heftige Kritik gegen das bayerische Wirtschaftsprogramm zum Ausdruck mit der gleichzeitigen Feststellung, daß die von der erkrankten Reaktion gegen die Arbeiterklasse getroffenen Maßnahmen nur ein Produkt darstellen, das insbesondere auch aus der durch die beschwerliche kommunalistische Wäls- und Bekleidungsarbeit eingetretenen Spaltung und Zerissenheit der Arbeiterklasse resultiert.

Nach dem Schlußwort des Referenten wurde auf Anregung aus der Mitte der Versammlung heraus das zur Zeit an zahlreiche Genossen und Volkstreue verstreut werdende und in der Südstadt zur Post aufgegebenen „Rundschreiben“ ausgiebig besprochen und in scharfen Worten diese Substanz verurteilt. Die Südstadtgenossen müssen es mit aller Entschiedenheit zurückweisen, mit der Abfassung und Veröffentlichung dieses Pamphlets irgendwie in Verbindung zu stehen. Nach wie vor stehen sie in unverbrüchlicher Treue zu den von gewissen Schmierfinken in unverantwortlicher Weise angegriffenen führenden Genossen.

Mit auf die bevorstehende Reichstagswahl hinweisenden und der Agitation dienenden Worten konnte die Versammlung durch den Vorsitzenden Gen. Stamund mit dem Ruf „Freiheit“ geschlossen werden.

Tödlicher Verkehrsunfall

In der Nacht zum Montag ereignete sich, wie dem Polizeibericht zu entnehmen ist, auf der Landstraße zwischen Durlach und Karlsruhe ein schwerer Verkehrsunfall, bei dem der 21 Jahre alte Laborant Josef Straub von hier sein Leben einbüßte. Der junge Mann fuhr auf seinem Fahrrad von Durlach nach Karlsruhe. Etwa 300 Meter westlich der Dornwaldsiedlung wurde er von einem aus gleicher Richtung kommenden Personenkraftwagen von hinten angefahren und zu Boden geworfen. Der Unglückliche wurde etwa 25 Meter weit geschleift und derart schwer verletzt, daß der alsbald erscheinende Arzt nur noch den Tod durch Schädelbruch feststellen konnte. Der Führer des Kraftwagens, der durch Splitter seiner Windschutzscheibe verletzt wurde, wurde vorläufig in Haft genommen. Die Schuldfrage wird zur Zeit durch die Staatsanwaltschaft und den Erkennungsdienst untersucht.

Während die Polizei mit der Aufnahme des Unfalls beschäftigt war und die Straße vorübergehend gesperrt hatte, kam aus Richtung Durlach ein Lieferwagen gefahren, dessen Führer trotz der ihm gebenden Halbescheide nicht anhält, vielmehr mit erhöhter Geschwindigkeit an der Unfallstelle vorbeiraufte und mehrere Polizeibeamte in Lebensgefahr brachte. Der Notruf nahm sofort die Verfolgung auf und konnte den rücksichtslosen Fahrer erst zum Halten bewegen, nachdem der Gebrauch der Schußwaffe angedroht war. Es stellte sich heraus, daß der Fahrer, ein lediger Metzger von hier, mit dem Führer eines hiesigen Weinbändlers eine Schwarzfahrt in die Florzheimer Gegend unternommen hatte, ohne in dem Besitz eines Führerscheins zu sein.

Die Polizei berichtet:

Fahrrad Diebe

Im Zusammenhang mit der bereits gemeldeten Festnahme von Fahrrad Dieben hat die Fahndungspolizei in Durlach zwei weitere Personen aus Durlach des Fahrraddiebstahls überführt und festgenommen.

Schwerer Unfall

In der vergangenen Nacht stürzte in der Altstadt ein 48jähriger Mann in schlaftrunkenem Zustand von der Veranda seiner Wohnung aus einer Höhe von 6 Metern in den Hof. Der Mann wurde mit schweren Verletzungen (Schädelbruch und Rippenbrüche) ins Krankenhaus eingeliefert.

Öffentliche Wahlkundgebungen

Mittwoch, 5. Oktober, abends 8 Uhr

Altstadt: „Weißen Löwen“. Referent: Stadtrat Pfarrer Kappes.

Daxlanden: „Karlsruher Hof“. Referent: Landtagsabgeordneter Trinks.

Grünwintel: „Engel“. Referent: Stadtverordneter Schulerburg.

Hardwald-Siedlung: „Prinz Berthold“. Referent: Stadtverordneter Koch.

Mittel- und Südweststadt: „Gambirushalle“. Referent: Bürgermeister i. R. Rißert-Durlach.

Rippurr: „Grünen Baum“. Referent: Regierungsrat Landtagsabgeordneter Weichmann.

Donnerstag, 6. Oktober, abends 8 Uhr

Mühlburg: „Goldener Hirsch“. Referent: Reichstagskandidat Lohmann-Forzheim.

Freitag, 7. Oktober, abends 8 Uhr

Altstadt: „Krone“, Rintheimer Straße. Referent: Reichstagskandidat Weit.

Beiertheim-Bulach: „Schwapsjörg“. Referent: Reichstagskandidat Lohmann-Forzheim.

Samstag, 8. Oktober, abends 8 Uhr

Rintheim: „Schwanen“. Referent: Bürgermeister i. R. Rißert-Durlach.

Weststadt: „Rürttemberg Hof“. Referent: Reichstagskandidat Weit.

Mittwoch, 12. Oktober, abends 8 Uhr

Südstadt: „Deutsche Fische“. Referent: Landtagsabgeordneter Trinks.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

„Die Forderungen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion: Umbau der Wirtschaft — Sozialistische Ordnung, nicht kapitalistische Diktatur und Ausbeutung — Republik und Demokratie, nicht Zunter- und Militärdiktatur.“

(2) 23jähriges Dienstjubiläum. Am 1. Oktober 1932 konnte Polizeikommissär Ernst Emmert, im Polizeirevier 5, auf eine 23jährige Polizeidienstzeit zurückblicken. Er ist am 14. Januar 1883 in Birgendorf, Bez. Amt Wfenheim, als Sohn einer Polizeibeamten-Familie geboren. Am 1. Oktober 1907 trat er als Schutzmann in den Dienst der badiischen Staatspolizei ein. Am 11. September 1914 wurde er zum Kriegsdienst eingezogen und stand bis 29. Mai 1918 beim Ref.-Bd.-Art.-Reg. 31 im Felde. Am 1. April 1921 wurde er

zum Pol.-Oberwachmeister und am 1. Nov. 1928 zum Polizeikommissär befördert. Pol.-Kommissär Emmert erfreut sich allgemeiner Beliebtheit. Er ist seinen ihm unterstellten Beamten jederzeit ein guter Vorgesetzter, Berater und Kollege. Als vor einigen Jahren die Verkehrspolizei (Verkehrstrupp am Vinkenheimer Tor) als Fahnpolizei eingeführt wurde, wurde er mit deren Leitung beauftragt. Auch an dieser Stelle hat er bewiesen, daß er nicht nur Polizeibeamter, sondern ein guter Organisator ist. Alle Kraftfahrer aus Karlsruhe und Umgebung lernten ihn beim Verkehrstrupp nicht nur als Polizeibeamten, sondern auch als Mensch kennen. Wir wünschen, daß er bis zu seiner Zurückberufung in alter Frische seinen Kollegen gesund ergötzen dürfe.

Schiffspielhäuser

„Quid“ im Hof

Quid, das ist die Mäste, die wir verüßern. Quid ist die Sehnsucht des jungen Mädchens. Der Traum des Augenblids. Das Unerreichte, das uns herrlich schön dünkt, solange wir es nicht erreichen, in dem Augenblick jedoch, in dem die Mäste fällt, uns küßt und uninteressant läßt. Capelin z. B. wer kann ihn sich vorstellen, ohne seine tiefen Schätze, Bagelstücken, Hut und Schürzenband? Als er vor Jahren einmal nach Europa fuhr, fragte ihn jedermann, wo er denn sein Schürzenbandchen und die sonstigen charakteristischen Merkmale habe. Man war enttäuscht, daß er als ganz gewöhnlicher Mann zu uns nach Europa kam. Diese Mäste, das ist Quid. Quid lebt eine kleine geschiedene Frau. In einem flüchtigen Spiel tritt nun einmal die Mäste, dann wieder der Mann der Frau gegenüber und schafft damit eine Handlung, die teilweise recht wichtig und im Ganzen recht gut aufgezeigt ist. An den Sorgen dieser reichen Leute merkt man erst wieder, wie weitfremd unsere Filmproduzenten sind. Redlich und künstlerisch ist der Film ausgezeichnet. Hans Albers in der Titelrolle und Allan Darrow als Barmerin spielen glänzend. Paul Hörbiger fällt angenehm auf, desgleichen der humorvolle Willy Stöckel, über den man sich lustig machen könnte. Der Schloßer des „Quid“ kommt von R. Schumann und wird bald seinen Weg in die Öffentlichkeit gefunden haben. Dazu kommt ein reichhaltiges Beiprogramm, das neben anderem auch einen sehr interessanten Reifstich über Indien bringt. Also in jeder Beziehung ein recht lebenswertes Programm.

Badische Lustspiele, Konzerthaus

„Es wird schon wieder besser“ oder „Führerscheine ins Glück“. Es scheint, daß Dr. Cons Bate gefunden hat bei der Laute dieser entzückenden Konfirmationsfeier. Sein Rezept ist in unseren betrieblichen schiedenen Tagen nützlicher als je zur Erlangung eines lebensnotwendigen Optimismus. Besonders wenn es uns in so lebenswichtigen Form verdrängt wird, wie in der Darstellung des neuen Filmes, der ab heute im Konzerthaus läuft. Dolly Daas, der Konfirmationsgast, ist während, wenn sie singt, herzerquickend, wenn sie lacht, und dinstehend, wenn sie verliebt ist. Nicht nur sie, sondern auch alle Zuschauerinnen werden ihren charmanten Partner lieb gewinnen: Heinz Rühmann, der ischaffische und bubenhaft durch die Situation stolziert. Und die beiden zum ersten Fritz Grünbaum, das zweifelhafte geistige Wäuschen, das wir schon in seinem trostlosen Humor in „Meine Frau, die Hochstaplerin“ bewundern konnten.

Stellungsnote, Weiten und Sorgen aller Art — uns allen leider recht vertraute Dinge — werden überfahbar und überwinden von Kameradschaft, Humor und der lieben Liebe.

Man mag sich jeder selbst fragen, ob er sich die paar unbesorgten Beierstunden, die der Film ihm bietet, nicht gern gönnen darf.

Rippurr

Der Genosse Kurt Weiße, der früher in der Arbeiterbewegung sehr eifrig tätig war, der aber durch einen schweren Berufsunfall seit Jahren bettlägerig war, wurde durch den Tod von seinen Leiden erlöst. Die Beerdigung findet heute abend 7/8 Uhr von der Friedhofkapelle aus statt. Wir erlauben unsere Anhänger, dem verstorbenen Genossen zahlreiche die letzte Ehre zu erweisen.

Jugend

SWJ, Groß-Karlsruhe. Heute abend, 20 Uhr, im Waldheim Funktionärstages.

Kater Baden. Achtung, Morgen Dienstag 1/8 Uhr Revue- und Gesangsprobe. Erziehungsausschuss.

Karlsruher Umgebung

Niederlage der kirchlichen Reaktion in Grün- und Hohenwetttersbach

Bei den evangelischen Landessynodalwahlen am 10. Juli ist der Volkskirchenbund evangelischer Sozialisten in Hohenwetttersbach mit 72 Stimmen als die stärkste Gruppe aus der Wahl hervorgegangen; die Positiven erhielten 57, die Nationalsozialisten 23, die Liberalen 2. Auch in Grünwetttersbach wurde der Volkskirchenbund die stärkste Gruppe mit 148 Stimmen; die Positiven erhielten 106, die Nationalsozialisten 86, die Liberalen 42. Gemäß der Vereinbarung zwischen den Gruppen hätten auf dieser Grundlage in beiden Orten der Kirchenausschuss und der Kirchengemeinderat gebildet werden müssen; in diesen Körperschaften hätten dann die evangelischen Sozialisten die führende Rolle gespielt. Das wollte man verhindern. Man bot ein Kompromiß an, das die Spitze auf je einem Drittel den größeren Parteien zu teilen sollte. Hinter diesem Angebot stand die Absicht, es zur Wahl kommen zu lassen, und dann die evangelischen Sozialisten wieder aus ihrer Mehrheitsstellung zu verdrängen. Dank der Entschiedenheit unserer Genossen Berlin in Grünwetttersbach und Giesels in Hohenwetttersbach sind aber bei der gestern stattgehabten örtlichen Kirchenwahl diese Antriebe, an denen Herr Pfarrer Ernst nicht unbeteiligt war, aufhoben worden.

In Grünwetttersbach haben sich die Positiven mit den Nationalsozialisten vereinigt und von vorher 190 Stimmen sich auf 172 „verbessert“. Dafür sind ihnen ansehnend Stimmen zu den Liberalen abgewandert, die sich von 42 auf 80 erhöht haben. Der Volkskirchenbund vermehrte seine Stimmenzahl auf 160 und gewann damit noch einen weiteren Sitz im Kirchenausschuss.

In Hohenwetttersbach sind die Positiven um 1 Stimme zurückgegangen, die Nationalsozialisten um 5 gewachsen, der Volkskirchenbund dagegen ist von 72 auf 79 gestiegen und hat damit die Hälfte der Sitze im Kirchengemeinderat. Wir hoffen, daß dieses Vorbild die Genossen in Aue anreizt, die am nächsten Sonntag aus ähnlichen Gründen örtliche Wahlen haben. Vielleicht merken es sich die Positiven zu der am Dienstag beginnenden Landessynode, daß eben die Entwicklung in der Kirche doch nicht nach rechts geht.

Vorläufige Wettervorhersage

der Badischen Landeswetterwarte

Weiterausgaben für Dienstag, den 4. Oktober 1932. Fortdauer der kühlen Witterung, unabhängig mit frischen Regenschauern bei lebhaften Westwinden.

Wasserstand des Rheins

Basel 21, Waldsüß 239, Rehl 280, Marau 381, Mannheim 243, Caub 159 Zentimeter.

